



LANDESVORSTAND

Das Jahr 2011 im Rückblick

Müssten wir statt des „Unwortes“ des Jahres den „Unsatz des Jahres“ auswählen, erhielten zwei Bremer Politiker von uns diese wenig erstrebenswerte Auszeichnung: **Karoline Linnert, Finanzsenatorin und Björn Tschöpe, Fraktionsvorsitzender der SPD.**

Karoline Linnert in einem Interview mit Buten und Binnen am 5. April 2011: „Verhandlungen finden mit ihnen nicht statt!“

Gemeint waren die bremischen Beamtinnen und Beamten, die zum selben Zeitpunkt vor der Bürgerschaft für die Übernahme des Tarifergebnisses demonstrierten.

Björn Tschöpe in einer Parlamentsdebatte im Sommer dieses Jahres sinngemäß:

Wer behauptet, bei der Polizei werde gekürzt, der hat ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit.

Während aus dem einen Satz die Arroganz der Macht spricht, soll der andere den Bürgerinnen und Bürgern vorspiegeln, dass trotz der dramatischen personellen Situation bei der Polizei alles beim Alten bliebe und die innere Sicherheit

nicht gefährdet sei. Im Kern drehte sich unsere gewerkschaftliche Arbeit 2011 größtenteils um den Geist, den diese Sätze widerspiegeln.

Januar 2011

Am 30. März 1999 beschloss die Bürgerschaft das Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Bremen (BremVersRücklG). Grundlage dieses Gesetzes war der § 14a des Bundesbesoldungsgesetzes, der die Länder zum damaligen Zeitpunkt verpflichtete, Versorgungsrücklagen zu bilden. Zweck des Gesetzes war die Sicherung der Versorgungsaufwendungen (Pensionen) in der Zukunft. Bezahlt hatten diese Rücklage die Beamtinnen und Beamten zum Teil selbst.

Am 7. Dezember 2010 betrug der Kapitalstock der Versorgungsrücklage 72 336 000 Euro. Folgende Veränderungen gibt es seitdem:

- Ab 2011 erfolgt keine Kapitalzuführung mehr aus den Bremer Haushalten.
- Die Rückführung der Kapitalerträge an die Haushalte wird beibehalten.
- Mit einer wesentlichen Ausweitung des Kapitalstocks ist nicht mehr zu rechnen.
- Die Anlage des Vermögens wird nicht mehr durch einen Beirat mit Beteiligung der Gewerkschaften überwacht.

Dafür wird diese Aufgabe künftig ein parlamentarischer Ausschuss übernehmen.

Handstreichartig haben Finanzsenatorin **Karoline Linnert**, der Senat und schließlich die Bürgerschaft dafür gesorgt, dass der Staat volles Zugriffsrecht auf die Einlagen erhält. Gesprächsrunden zu diesem Thema gab es im Vorfeld nicht.

„Verhandlungen finden mit ihnen nicht statt!“

Februar 2011

Die Tarifrunde 2011 startete am 4. Februar. Verhandlungspartner auf der Arbeitgeberseite waren der niedersächsische Finanzminister **Hartmut Möllring** und die bremische Finanzsenatorin **Karoline Linnert**. Sie hatte bereits im Vorfeld vom Senat beschließen lassen, dass es gemeinsam mit anderen sogenannten Haushaltsnotlagenländern einen „Notlagentarifvertrag“ geben sollte. Das hätte bedeutet, dass die Tarifbeschäftigten dieser Länder ein abgesenktes Tarifergebnis hätten hinnehmen müssen. Ferner kündigte **Karoline Linnert** an, aus der Tarifgemeinschaft austreten zu wollen, falls ein Notlagentarifvertrag nicht realisiert werden könne.

Fortsetzung auf Seite 2

Ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2012



wünschen wir allen Mitgliedern und Mitarbeitern der GdP, ihren Familien und ihren Angehörigen, unseren Gesprächspartnern und unseren Freunden. Unsere besonderen Wünsche gelten allen Erkrankten sowie den Kolleginnen und Kollegen, die an den Festtagen Dienst für die Sicherheit in Bremen und Bremerhaven verrichten!



LANDESVORSTAND

Fortsetzung von Seite 1

Die Gewerkschaften lehnten einen Notlagentarifvertrag ab. Für sie waren die öffentlichen Ankündigungen Karoline Linnerts und der dazugehörige Senatsbeschluss nichts anderes, als der Versuch eines Tarifiediktats.

„Verhandlungen finden mit ihnen nicht statt!“

Auch nicht mit den Tarifbeschäftigten? Die antworteten im März 2011 mit einem Warnstreik und Demonstrationen gemeinsam mit den Beamtinnen und Beamten. Denn Letzteren war klar, dass sie auch diesmal mit dem Tarifbereich in einem Boot saßen.

März 2011

Am 3. März finden zentrale Warnstreiks und eine Großdemonstration mit 12 000 Teilnehmern aus Niedersachsen und Bremen in Bremen statt. Die Kolleginnen und Kollegen sind empört über

die arrogante Verhandlungsführung von Hartmut Möllring und Karoline Linnert. Der Druck der Gewerkschaftsmitglieder führte schließlich dazu, dass am 10. März ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Der GdP-Bundesvorstand meldete am selben Tag:

Das Verhandlungsergebnis beträgt für 2011 im Volumen 2,3 Prozent und für 2012 2,55 Prozent. Die Regelungen zur Entgeltordnung umfassen ein Volumen von 0,25 Prozent. Damit ergeben sich über die gesamte Laufzeit Einkommensverbesserungen von 5,1 Prozent.

April 2011

Als die Planungen des Senats bekannt wurden, den Beamtenbereich wieder ein-

mal von den Tarifbeschäftigten abzukoppeln, brachen Kolleginnen und Kollegen aus dem Bildungs- und Polizeibereich am 5. April auf Initiative der GdP ihre jeweiligen Personalversammlungen ab. Sie marschierten gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes in einem eindrucksvollen Demonstrationzug von der Stadthalle in Richtung Marktplatz.

Während der Demonstration fiel in einem Interview der denkwürdige Satz von Karoline Linnert.

Das in einem Eilverfahren durch das Parlament gebrachte Gesetz zur Übernahme des Tarifergebnisses für den Beamtenbereich war nicht akzeptabel. Tatsächlich koppelte man damit Teile der

TERMIN

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe 2012, Landesjournal Bremen, ist der 5. Dezember 2011.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:

Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:

Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96 0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

JUBILAREHRUNG 2011



Die GdP hatte am 3. 11. 2011 alle diesjährigen Jubilare, die noch im aktiven Dienst sind, zu einer gemütlichen Runde zu „Schinken Poppe“ in der Bremer Innenstadt eingeladen. Die Ehrung wurde vom Landesvorsitzenden der GdP, Horst Göbel, vorgenommen.

Auf 40 Jahre Mitgliedschaft können zurückblicken:

Karl-Heinrich Ahlers, Wolfgang Ahlers, Manfred Barth, Hans-Jürgen Becker, Michael Bergmann, Diedrich Busch, Michael Häring, Rainer Hahndorf, Heinz Hanschen, Linda Hartwig, Manfred Hermann, Harald Hermann, Lutz Joetten, Uwe Kesy, Wolfgang Klarholz-Petersen, Walter Krause, Harry Kuck, Heinz-Hermann Kuhlmann, Hartmut Lindhorst, Harald Lohnau, Bernd Nehrhoff, Edwin Olchers, Gottfried Piaskowski, Rainer Pucknat, Axel Reichardt, Bernd RENNIES, Udo Schmale, Leo Stefan Schmitt, Jürgen Stratmann, Ulrich Wagner, Rolf Wedemeyer und Hans-Hermann Wieland

25 Jahre Mitglied in der Gewerkschaft sind:

Torsten Cremanns, Horst Detken, Andreas Ernst, Barbara Friedrich, Dr. Rainer Hoffmann, Ralf Hofmann, Michael Janys, Bernd-Otto Klingbeutel, Andreas Kosczinski, Gunter Kruse, Hans-Heinrich Küker, Wolfgang Landwehr, Lothar Meyer, Marion Müller, Michael Pfeifer, Dörte Scholz, Kirsten Schrader, Sünke Seekamp, Ralf Ullmann, Knut Vettters, Thorsten Winkler, Uwe Wolters und Reiner Wüste.

Wir gratulieren allen Jubilaren und wünschen ihnen für ihre Zukunft vor allem Gesundheit und Zufriedenheit!

Anne Wohlers

Die Jubilarehrung der Senioren findet am 2. Dezember 2011 im Rahmen der Weihnachtsfeier der Fachgruppe Senioren im balladins superior Hotel Bremen statt.



LANDESVORSTAND

Beamenschaft vom Tarifbereich ab. Die im Vorfeld stattgefundene Beteiligung der Spitzenorganisationen von DGB und Beamtenbund war erbärmlich. So bereiteten wir als GdP ein Musterverfahren am Bremer Verwaltungsgericht vor. Inhaltlich zweifeln wir damit die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes an sich an. Begründung ist die überproportionale Zusammenlegung der Besoldungsstufen A 8 bis A 9 sowie A 11 bis A 12. Wir sehen in dem Schrumpfen der beiden Besoldungsabstände einen Verstoß gegen den Grundsatz der amtsangemessenen Besoldung bzw. Versorgung.

Mai 2011

Am 2. Mai veranstaltete die GdP eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Polizei unter Druck“. Teilnehmer waren die Vorsitzenden und Vorstandssprecherinnen der in der Bürgerschaft vertretenden Parteien.

In der Veranstaltung ging es uns um die Menschen bei der Polizei, um die Arbeitsverdichtung, um die daraus resultierenden Belastungen in körperlicher wie auch psychischer Hinsicht.

Als GdP hätten wir uns gewünscht, dass insbesondere die Vertreter der Regierungsparteien, Bovenschulte (SPD) und Mitrenga (Bündnis90/Die Grünen) unsere Sorgen ernst nehmen und es auch ausdrücken. Dass man der Gewerkschaft und auch der Polizeiführung Gespräche darüber anbietet, um Lösungen herbeizuführen. Wenig davon bekamen wir zu hören. Eher ein Achselzucken in dem Sinne: „Wir haben kein Geld und die Arbeit muss gemacht werden“.

Ein teilnehmender Kollege drückte es drastisch aus: „Für die hat doch das Geld oberste Priorität. Wenn einer von uns gesundheitlich draufgeht, ist es in deren Augen doch lediglich ein Kollateralschaden.“

Die Bürgerschaftswahlen im Mai haben wir durch intensive politische Gespräche und Öffentlichkeitsarbeit (Wahlprüfsteine) begleitet.

Juni 2011

Am 17. Juni beschlossen die Koalitionäre von Rot/Grün einen Koalitionsvertrag, dessen Inhalt massive Verschlechterungen für den Polizeibereich bereithält. Wenige Tage später legte die GdP ein 16-seitiges Positionspapier vor, dass sich intensiv mit den erkennbaren Folgen des Koalitionsvertrages für die Polizeien und Ordnungsbehörden des Landes Bremen befasste. Am 23. Juni stellten wir der Öffentlichkeit in einer großen Pressekonferenz unter dem Titel „Getrickst, ge-

täuscht, im Stich gelassen!“ unser Positionspapier vor. Alle Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft erhielten im Vorfeld unsere Stellungnahme.

Juli 2011

In einer Pressemeldung mit der Überschrift „Schönreden hilft nicht weiter“, kritisierten wir den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Björn Tschöpe, der in einer Parlamentsdebatte erklärte: „Wer behauptet, bei der Polizei werde gekürzt, hat ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit.“

Kurz darauf ließ Björn Tschöpe durch einen Mitarbeiter seines Fraktionsbüros darum bitten, eine Klarstellung auf der Homepage der GdP zu veröffentlichen. Diese Bitte wurde ihm gerne gewährt, an unserer Kritik änderte das aber nichts.

August/September 2011

Ende August, Anfang September war er wieder da, der Generalverdacht gegen Polizistinnen und Polizisten. Er kam in Form einer öffentlichen Aufforderung des innenpolitischen Sprechers der Grünen, Björn Fecker, daher. Sie war an den Innensenator gerichtet, endlich die Kennzeichnungspflicht zu realisieren. Noch in der jüngeren Vergangenheit hatten wir zum wiederholten Mal die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten in geschlossenen Einsätzen verhindern können. Diese Arbeit war es dann wohl auch, die erneut verhinderte, dass ein Gesetz dazu in der Bürgerschaft beschlossen wurde. Stattdessen erhielt der Innensenator den Auftrag, gemeinsam mit dem Personalrat eine Übereinkunft zu finden.

Oktober 2011

Der Senat beschließt auf seiner Klausur, den Inhalt des Koalitionsvertrages umzusetzen und dem Parlament als Gesetzeswerk vorzulegen. Kürzung der Eingangsbesoldung nur für Polizistinnen und Polizisten, eine Eigenbeteiligung in Höhe von 1,5% bei der Freien Heilfürsorge und die Erhöhung der Lebensarbeitszeit um zwei Jahre mit einer Übergangsfrist von lediglich sechs Jahren sind die Vorhaben.

In vielen Bereichen der Polizei war die Empörung darüber groß. Kurzfristig forderten wir die Kolleginnen und Kollegen zu einer kreativen Mittagspause auf, die parallel vor dem Stadthaus 6 in Bremerhaven und vor der Hauptzufahrt zum Polizeipräsidium in Bremen stattfand.

November/Dezember 2011

Derzeit finden eine Vielzahl von politischen Gesprächen mit den Regierungsfractionen statt, mit dem Ziel, inhaltliche Veränderungen der Senatsvorlage herbeizuführen.

Doch das waren nicht die einzigen Probleme. Hohe Arbeitsbelastung im Stadtamt, der Kampf um das Küstenboot und grenzpolizeiliche Aufgaben bei der Direktion Wasserschutzpolizei und Verkehr, Verwendungszulage und viele weitere Themen, die uns auch im kommenden Jahr begleiten werden.

Wir danken allen aktiven Kolleginnen und Kollegen für ihre engagierte Arbeit und den Unterstützern und Freunden der GdP für ihre tatkräftige Hilfe.

*Horst Göbel
Landesvorsitzender*

LANDESFRAUENGRUPPE

Beruf und Familie plus Führungskarriere – Geht das?

Im Mai dieses Jahres konnten sich alle Polizeivollzugsbeamtinnen der Polizei Bremen an einer anonymen Umfrage beteiligen. Sie hatte das Ziel, Erkenntnisse zu erlangen, warum der Frauenanteil in allen Führungsebenen der Polizei Bremen auch nach 24 Jahren stark unterrepräsentiert ist.

Die Auswertung der Befragung, an der 42,2% der Kolleginnen teilnahmen, wird bestimmt die meisten Leserinnen und Leser vordergründig überraschen.

In Schulnoten ausgedrückt sind die beteiligten 220 Kolleginnen zufrieden (also im guten Dreierbereich).

Ob es die Zufriedenheit der beruflichen Situation, die Beurteilung, die Akzeptanz als Teilzeitkraft, die Förderung durch Vorgesetzte etc. ist, es steht zumindest im Gesamtergebnis immer eine

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

2 bzw. 3 vor dem Komma. Oberflächlich betrachtet kann sich die Polizeiführung also ganz entspannt mit dem Gefühl zurücklehnen, dass in puncto Frauenförderung keinerlei Bedarf ist.

Doch beim genauen Hinschauen sollten z. B. die 25% der 30- bis 34-Jährigen, die der Zufriedenheit mit der beruflichen Situation lediglich ein „ausreichend“ attestieren oder die 17,1%

der über 40-Jährigen, die der gerechten Beurteilung eine glatte 5 geben, sehr nachdenklich stimmen.

Auch die Äußerungen, die sich in dem Freitext wiederfinden, belegen, dass sich Frauen einerseits immer noch vor die Entscheidung Familie oder Karriere gestellt sehen und andererseits das weitverbreitete Vorurteil, dass Teilzeit und Führungsverantwortung einander ausschließen, verinnerlicht haben.

Meiner Ansicht nach ist dieses in einer modernen Polizei nicht akzeptabel. Ich würde mir wünschen, dass Gender Mainstreaming als Ziel in der Polizei Bremen definiert wird. Schließlich ist uns allen klar, dass Polizistinnen und Polizisten keine geschlechtsneutralen Wesen sind und ihre unterschiedlichen Interessen berücksichtigt sehen möchten.

Ein erster Schritt könnte z. B. ein spezielles Mentoringprogramm sein, um Polizistinnen zum einen zu animieren und zum anderen zu fördern, Führungspositionen anzustreben. Dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in Führungspositionen die Arbeits- und Lebensqualität aller Beschäftigten erhöht, belegen nicht nur Erhebungen von Unternehmen aus den skandinavischen Ländern.

Schließen möchte ich mit einem Zitat aus der Broschüre Gender Mainstreaming der Bundesregierung:

Die gleiche Teilnahme von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft bedeutet die volle Verwirklichung von Demokratie.
Siggi Holschen

FACHGRUPPE SENIOREN

Termine

Im Dezember 2011 finden keine Treffen in Bremen und Bremerhaven statt (Weihnachtsfeier).

Unsere Treffen im Januar 2012:

Bremerhaven:

Dienstag, 10. Januar 2012, 16.00 Uhr, Vereinsheim der Kleingärtner, Reuterhamm.

Bremen

Donnerstag, 12. Januar 2012, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Theaterbesuch

2012 geht es am **Samstag, 25. Februar, 14.30 Uhr**, wieder zum Theaterbesuch nach Felde. Es wird das niederdeutsche Stück: „Tweemol söss Richtige“ gespielt.

Theaterbesuch mit Kaffee und Kuchen 13,50 € pro Person. (Eigene Anreise)

„Schierloh's Gasthaus“, 27339 Felde (bei Riede), Felder Dorfstraße 61

Anmeldungen/Karten:

Ab 1. Oktober 2011 in der GdP-Geschäftsstelle, Tel. 04 21/9 49 58 55, Kollegin Anne Wohlers, E-Mail: anne.wohlers@gdp-online.de oder auf der Weihnachtsfeier der Senioren in Bremen.

Reiseangebot

Die Reise der FG Senioren 2012 geht nach „Gut Wittenbeck“ in 18209 Wittenbeck (Nähe Kühlungsborn/Ostsee).

Termin: 26. Juni bis 4. Juli 2012.

Leistungen: Busfahrt, 8 Übernachtungen mit Frühstücks-Büfett, 7 3-Gänge-Abendmenüs, 1 kalt-warmes Büfett (Samstag). Nutzung von Hallenbad, Sauna, Kegelbahn. Ausflüge nach Kühlungsborn – Bad Doberan – Heiligendamm – Stralsund – Rostock.

Preis pro Person 690,- € Einzelzimmerzuschlag 80,- €.

Anmeldungen (Informationen) bei Gretchen Redweik, Tel. 04 21/21 23 61, oder per E-Mail: redweikis@t-online.de.

Bei Interesse von Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven bemühen wir uns um eine Zusteigemöglichkeit.

Am Theaterbesuch und der Reise können auch Kolleginnen und Kollegen mit Ehepartner teilnehmen, die noch nicht der FG Senioren angehören. Ihr seid herzlich willkommen.

Wolfgang Karzenburg

FACHGRUPPE SENIOREN



Besichtigung Airbus in Hamburg

Am 8. 10. fuhren wir mit 58 Personen (Mitglieder, Freunde, Bekannte) nach Hamburg. In der Hansestadt wurden wir zuerst von der Werksfeuerwehr der Fa. Airbus empfangen. Dort wurde uns ein Vortrag über Airbus im Allgemeinen gehalten. Interessante Details bekamen wir zu hören. Nach dem Vortrag hatten wir Gelegenheit, durch die Fertigungshalle der Airbus-Typen 320, 321, 323 zu gehen. Aufgrund des gegenwärtigen Streiks im Werk konnten wir leider keine weiteren Produktionshallen besuchen. Bei einer Rundfahrt über das Gelände tauchte unmittelbar vor uns ein nagelneuer Airbus 380 auf. Das war schon ein gigantischer Anblick, als das riesige Teil an uns vorbeifuhr. So etwas bekommt man nicht alle Tage zu sehen! Danach fuhren wir zum Mittagessen in ein gemütliches Fischrestaurant in Altona. Vom Fischlokal aus ging



Der politische Betrug an den in Bremen lebenden Migrantinnen und Migranten

Die in Bremen seit Mai 2011 regierenden politischen Parteien der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich in ihrer gemeinsamen Koalitionsvereinbarung dafür ausgesprochen, dass es den in Bremen lebenden Migrantinnen und Migranten zukünftig besser gehen soll. So wollen sie sich zum Beispiel ganz besonders denjenigen widmen, die unter dem Aufenthaltsstatus der Duldung zu leiden haben. Oder konkrete landespolitische Maßnahmen ergreifen, damit die vorhandenen Spielräume nicht nur wie bisher für Jugendliche, sondern auch für andere Personengruppen genutzt werden (Altfallregelung).

Auf Bundesebene wollen sie sich für eine generelle gesetzliche Altfallregelung, die nicht an einen Stichtag gebunden ist, einsetzen. Die Liste der Willensbekundungen beider Parteien ist groß und lang und es bleibt abzuwarten, was am Ende der Legislaturperiode tatsächlich dabei herauskommt.

Ob und wie diese Willensbekundungen tatsächlich funktionieren, möchten wir beispielhaft an einem Erlass des Senators für Inneres und Sport vom September 2010 verdeutlichen. Dieser Erlass bezog sich im Wesentlichen auf ausländische Minderjährige und minderjährig eingereiste Jugendliche. Er wurde von der damaligen Leiterin des Referates -20- beim Senator für Inneres und Sport und heute kommissarischen Amtsleiterin des Stadtamtes, Frau Wessel-Niepel, ausgearbeitet.

Hierin war geregelt, unter welchen Voraussetzungen diesen Jugendlichen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden

kann. Eine dieser Voraussetzungen war z. B. der Nachweis des vierjährigen Schulbesuches.

Im Juli 2011 wurde dieser Erlass durch den neu eingefügten § 25a des Aufenthaltsgesetzes geschluckt und eben diese Voraussetzung von mindestens vier auf sechs Jahre erhöht. Somit haben sich die Voraussetzungen für diesen Personenkreis tatsächlich verschlechtert und der Erlass dürfte durch die Einfügung dieses neuen Paragraphen in dem Aufenthaltsgesetz automatisch seine Gültigkeit verloren haben. Dass sich eine rechtliche Verbesserung bundesweit nicht durchsetzen lässt, war somit zum Zeitpunkt des Abschlusses der Koalitionsvereinbarung schon bekannt.

Ausländerbehörde soll sich zu Servicestelle entwickeln

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben weiter vereinbart, dass die Bremer Ausländerbehörde sich über ihre hoheitlichen Aufgaben hinaus zu einer Servicestelle für Aufenthaltserteilung und Einbürgerung weiterentwickeln soll. Dieses Ziel wird gerade verfehlt, wie wir an den folgenden Beispielen erkennen können.

In der Zeit von 2010 bis 2011 musste die Ausländerbehörde den Weggang von zehn Kolleginnen und Kollegen verkraften, die nicht ersetzt wurden. Dadurch haben sich die Arbeitsbedingungen rapide verschlechtert und wirken sich negativ auf die Serviceleistungen der Ausländerbehörde wie folgt aus:

- Die Wartezeiten auf einen Termin zur Beantragung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels liegen im Moment bei drei bis vier Wochen.
- Die Wartezeiten auf einen Termin bei der Ausländerbehörde für die Bear-

beitung einzelner Visumsvorgänge liegen bei vier bis sechs Wochen.

- Die Wartezeit von der Antragstellung bis zur tatsächlichen Einreise liegt momentan bei sechs Monaten.

- Die Wartezeiten auf einen Termin für die Erteilung oder Verlängerung einer Duldung liegt zurzeit bei vier bis sechs Wochen.

- Die Wartezeiten auf einen Termin für die Verlängerung einer Aufenthaltsgestattung für das Asylverfahren liegt ebenfalls bei vier bis sechs Wochen.

Migranten verlieren Arbeitsplätze und Anspruch auf Sozialleistungen

In der Konsequenz kann das für die Migrantinnen und Migranten bedeuten, dass sie ihre Arbeitsplätze verlieren oder keine monatlichen finanziellen Unterstützungsleistungen von der Kindergeldkasse, dem Arbeitsamt oder vom Sozialamt etc. erhalten oder eine Familienzusammenführung erst nach sechs Monaten erfolgt oder die Arbeitgeber nicht so lange auf die im Ausland angeworbenen Fachkräfte warten können und dadurch wirtschaftliche Nöte entstehen. Diese Auswirkungen würde es nicht geben, wenn dem Ausländeramt für den in der Koalitionsvereinbarung versprochenen Service mehr Personal zur Verfügung stände.

Ein weiteres Beispiel von verfehlter Personalpolitik, schlechter Vorbereitung und Organisation durften wir mit der Einführung des neuen elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) erleben. Hierbei handelt es sich um eine gesetzliche Forderung, die zum 1. September 2011 im Bundesgebiet eingeführt wurde und eine zusätzliche Aufgabe für die Ausländerbehörden bedeutet.

Auch die Arbeitsbedingungen für die in der Ausländerbehörde beschäftigten Kolleginnen und Kollegen wurden dadurch erneut verschlimmert. Fürsorgepflicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber sieht anders aus. Der Termin für die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels stand lange vorher fest und auch, dass es sich um eine

Fortsetzung auf Seite 6

FG SENIOREN

es dann zu den Landungsbrücken, wo schon eine Barkasse für eine Hafenrundfahrt auf uns wartete. Bei einer Tasse Kaffee und einem Stück Kuchen wurde uns auf kompetente und sehr lustige Art der Hafen von Hamburg nähergebracht. Nach der Rückkehr zu den Landungsbrücken ging es dann unter sachkundiger Führung (zufällig ein ehemaliger Kollege aus Hamburg) durch Hamburg. Auch hier wurden wir durch etliche „Döntjes“ und fundierte Ausführungen über die Stadt Hamburg informiert. Dann ging es wieder nach Bremen. Es war ein Ausflug nach Hamburg, der allen Teilnehmern gut gefallen hat. **Eckhard Lindhorst**



Fortsetzung von Seite 5

anerkannte Mehrarbeit handelt. Von der damaligen Leiterin der Ausländerbehörde wurden bereits im März 2010 entsprechende Planungen vorgenommen, die sowohl die Arbeitsabläufe und die daraus resultierenden personellen Forderungen berücksichtigten.

Gerade die personellen Forderungen wurden weder vom Senator für Inneres noch von der Senatorin für Finanzen anerkannt. Bevor für diese neue Aufgabe zusätzliches Personal in der Ausländerbehörde eingestellt werden würde, sollte doch erst einmal die Umorganisation der Ausländerbehörde erfolgen.

Auch alle weiteren Berechnungen aus den Planungen der ehemaligen Leiterin der Ausländerbehörde wurden von der kommissarischen Amtsleiterin nicht anerkannt. Bundesweit aber fanden sie bei den anderen Ausländerbehörden Anerkennung und wurden vielfach auch als Grundlage für Personalforderungen genutzt. Ohne mitbestimmtes Konzept, ohne vorherige Umorganisation und ohne Beteiligung der Leitung der Ausländerbehörde wurde der elektronische Aufenthaltstitel in der Ausländerbehörde eingeführt. Da für die Beantragung eines

elektronischen Aufenthaltstitels nun eine doppelte Vorsprache – ähnlich wie bei dem neuen elektronischen Personalausweis – notwendig ist, bedeutet das für die Ausländerbehörde fast eine Verdoppelung der Besucherströme.

Das hat in der praktischen Arbeit für die Migrantinnen und Migranten zu folgenden Problemen geführt:

In den ersten beiden Monaten wurden jeweils 1400 elektronische Aufenthaltstitel beantragt (Tendenz steigend).

Festes Personal für diese zusätzliche Aufgabe wurde nicht zur Verfügung gestellt. Momentan erledigen zwei Praktikantinnen/Praktikanten und soweit möglich noch Kolleginnen und Kollegen aus anderen Abteilungen unterstützend diese Arbeit.

Es könnten auch nicht mehr Personen mit dieser Aufgabe beschäftigt werden, da nicht mehr Arbeitsplätze dafür zur Verfügung gestellt wurden.

Bei einer Öffnungszeit von 19 Stunden wöchentlich und einer Ausgabezeit von 15 Minuten pro elektronischen Aufenthaltstitel stehen somit für die Ausgabe lediglich 152 Termine zur Verfügung.

Das bedeutet in der Konsequenz für die Migrantinnen und Migranten, dass sie

sehr viele Stunden vergeblich warten oder sogar mehrfach zur Abholung ihres elektronischen Aufenthaltstitels in der Ausländerbehörde vorsprechen müssen.

Die Planungen und Berechnungen der ehemaligen Leiterin der Ausländerbehörde sahen dagegen ganz anders aus. Bis Oktober 2011 sind 1800 elektronische Aufenthaltstitel in der Ausländerbehörde eingegangen und könnten abgeholt werden. Aber aus den genannten Gründen war die Behörde bisher nur in der Lage, 462 auszugeben.

Den dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen geht es gesundheitlich nicht gut. So haben fast alle Teams Überlastanzeigen gefertigt, auf die überhaupt nicht reagiert wird. Das Gegenteil ist eingetreten. Es wurden noch mehr Aufgaben auf die völlig überlasteten Mitarbeiter übertragen. Diesen schlechten Umgang mit dem Personal in der Ausländerbehörde müssen am Ende die Migrantinnen und Migranten ausbaden.

Die Annahme, mit dieser Personal- und Ausländerpolitik in Bremen das Ziel der Koalitionsvereinbarung zu erreichen, ist nicht nur fraglich, sondern eher als absurd zu bezeichnen.

Der Personalrat Stadtamt

Personalversammlung Stadtamt

Viele Fragen, viele Worte, keine Antworten!

Am 12. 10. 2011 fand im Konsul-Hackfeld-Haus die diesjährige Personalversammlung des Stadtamtes Bremen statt. Ziemlich schnell füllte sich der Saal. Mit 231 Teilnehmern war es die bisher bestbesuchte Personalversammlung, was zeigt, dass sich die KollegInnen für die Situation im Stadtamt interessieren.

Nach der Begrüßung wurde durch die Personalratsvorsitzende die jetzige Situation des Stadtamtes und das, was seit der letzten Personalversammlung im Stadtamt geschehen ist, vorgetragen.

Der Vortrag beinhaltete alles, was das Amt und besonders die KollegInnen in den letzten Jahren durchgemacht haben und wie mit ihnen im Stadtamt derzeit umgegangen wird. Die Vorsitzende traf inhaltlich „den Nagel auf den Kopf“. Sie nannte Fakten und auch die Schuldigen:

- Der Umgang mit unserem ehemaligen Amtsleiter Herrn Wilkens.
- Der Umgang mit den KollegInnen aus den Bereichen der Verkehrsüberwachung und aus dem Team 5 der Ausländerbehörde, die durch den Senator für Inneres und durch die kommissarische Amtsleiterin (Frau Wessel-Niepel) in der Presse verunglimpft wurden.
- Der Umgang mit den KollegInnen des Bürgerservice (insbesondere im Sommer).
- Die Verunsicherung der KollegInnen aufgrund der beabsichtigten Umorganisationen.

Der Vortrag erhielt großen und lang anhaltenden Applaus.

Unter „Verschiedenes“ konnten die KollegInnen Fragen, Anregungen oder Ähnliches äußern.

Ich stellte an die anwesende kommissarisch eingesetzte Amtsleiterin **Frau Wessel-Niepel** einige Fragen.

Schön wäre es gewesen, wenn sie auf folgende Fragen geantwortet hätte:

(Kurzfassung)

- **Wie ist der Stand der Gesundheitsförderung und wie geht es weiter?**
- **Warum erfolgte auf Überlastanzeigen der Mitarbeiter keine Reaktion und wann ist damit zu rechnen?** (Anmerkung: Überlastanzeigen liegen bereits seit längerem der Amtsleitung vor, besonders aus dem Team 5 aber auch aus allen anderen Teams der Ausländerbehörde und anderen Abteilungen im Stadtamt).
- **Wie ist der Stand der im Januar 2011 angedrohten Disziplinarverfahren gegen MitarbeiterInnen des Team 5 der Ausländerbehörde** (Anmerkung: Das Team 5 und auch der Personalrat hat bereits mehrfach diesbezüglich bei Frau Wessel-Niepel angefragt und bis zum heutigen Tag keinerlei Antwort erhalten). In diesem Zusammenhang wurde auch auf die prekäre Arbeitssituation im Team 5 hingewiesen.
- **Da die Leiterin der Ausländerbehörde zum 12. 11. 2011 ihre unbezahlte Beurlaubung beantragt hat, wie sieht die Nachfolge aus?**



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

Mittagspause



Noch war es Freizeit, aber die Zeichen stehen auf Sturm!

Leere Kassen, der arme Senat hatte doch keine andere Wahl: Ständiges Streichen und Kürzen waren in Ordnung, wir Beamte tragen das mit. Jetzt geht's uns besser, es gibt Wertschätzung, Anerkennung, Ruhm und Ehre und sogar Geschenke. Ein wenig mehr Arbeitszeit, Monate, Jahre für lau. Ist ja nicht so schlimm, die anderen müssen doch auch, sogar noch länger.

Wo leben diese Volksvertreter eigentlich, wie abgehoben und arrogant muss man sein, um seine loyalsten Arbeitneh-

mer so zu demotivieren. Als Bonus gibt's dann für die Berufsanfänger eine satte Gehaltskürzung und ein erhöhter Krankenkassenbeitrag kommt für alle noch obendrauf.

Die Fachgruppe Schutzpolizei hat sich sofort mit dem Landesvorstand zusammengesetzt und gemeinsam Aktionen überlegt. Als Auftaktveranstaltung mit nur wenigen Tagen Vorlauf war diese Mittagspause schon okay. Aber ehrlich, dass können wir doch besser: Fahnen, Plakate, Trillerpfeifen, Ratschen: und

laut! Laut soll es sein. Man soll uns wahrnehmen, und der Bürger wird dies wahrnehmen.

Das Presseecho war schon recht gut, aber da geht noch mehr. Das Motto ist schließlich kreative Mittagspause. Wir treffen uns bald an anderen Orten, auch mal zum Kaffee vor oder nach dem Dienst. Da sind wir flexibel und können den ein oder anderen Volksvertreter sicher mit einbeziehen. Wir zählen auf euch, nur gemeinsam kriegen wir das hin!

Eure Fachgruppe Schutzpolizei

FACHGRUPPE STADTAMT

Keine Antworten der Amtsleiterin auf Fragen

Diese Fragen stehen seit Längerem im Raum und wurden bisher nicht von der kommissarisch eingesetzten Amtsleiterin beantwortet. Ich hatte mir erhofft, im Rahmen der Personalversammlung Antworten zu erhalten.

Wieder einmal wurde ich von Frau Wessel-Niepel im Regen stehengelassen.

Zunächst nahm sie zu dem Vortrag der Personalratsvorsitzenden Stellung. Hier ging sie in keinsten Weise auf die Probleme der KollegenInnen ein. Es blieb, wie so oft, bei Absichtserklärungen. Zum wiederholten Mal stellte sie lediglich dar, dass das Stadtamt eine Referenzbehörde ist und für IT- und Baumaßnahmen hohe Geldbeträge zur Verfügung stehen sollen. Laut Aussage von Frau Wessel-Niepel ist es politischer Wille, dass sich im Stadtamt etwas verändert. Und nur wenn Veränderungen durchgeführt werden,

wird eventuell neues Personal dem Stadtamt zur Verfügung gestellt.

Das bedeutet, nach Meinung des Verfassers: Die KollegenInnen sollen in Arbeitsgruppen die Vorgaben der Politik und die der kommissarisch eingesetzten Amtsleiterin erarbeiten. Bisherige Erfahrungen lassen befürchten, dass eine gelebte Mitarbeiterbeteiligung nicht gewünscht ist. Einfach nur letztlich den gemachten Vorgaben zuzustimmen, das ist mit uns nicht zu machen.

Zurück zu den von mir gestellten Fragen.

Wie bereits erwähnt, wurde ich wieder einmal im Regen stehengelassen. Immer wieder war die Rede von politischen Vorgaben usw. keine der Fragen wurde ernsthaft bzw. zufriedenstellend beantwortet.

Besonders verwundert hat mich die Aussage von Frau Wessel-Niepel, dass sie bezüglich der Disziplinarverfahren vor einer solch großen Gruppe keine Angaben macht. Hier hat wohl bei ihr ein

Umdenken stattgefunden, denn die Mitarbeiter des Team 5 in der Presse bzw. bei öffentlichen Veranstaltungen an den Pranger zu stellen, ist ihr damals ziemlich leichtgefallen.

Ich möchte alle KollegenInnen dazu ermutigen, ihre Meinung zu äußern und nicht aufzugeben. Bedenkt alle: Ihr seid die Experten in euren Arbeitsbereichen und wisst, wie die Arbeitsabläufe sind. Lasst euch nicht aufdrängen, gut bewährte Arbeitsabläufe ohne Not zu verändern. Das bedeutet nicht, dass wir uns gegen Veränderungen sperren sollten. Voraussetzung hier ist, dass alle Interessen und vor allem die Belange und Bedürfnisse der KollegenInnen Berücksichtigung finden.

Meine Hoffnung ist, dass bei beabsichtigten Veränderungen die Verantwortlichen erkennen, dass es nicht nur um Technik, sondern in erster Linie um Menschen geht, die von den Auswirkungen der Veränderungen besonders betroffen sind.

Rainer Besser



Fachgruppenseminar Bereitschaftspolizei

Auch in diesem Jahr folgten engagierte Kollegen aus allen Bereichen der Bereitschaftspolizei unserer Einladung, um sich gewerkschaftlich zu betätigen.

Es galt, einen Berg interessanter Themen zu bearbeiten – um es vorwegzunehmen: Das meiste haben wir geschafft. Nur konnten leider nicht in allen Bereichen zufriedenstellende Ergebnisse niedergeschrieben werden. Dazu im Einzelnen in der Folge Näheres.

Begonnen haben wir mit einer Analyse von Ärgernissen aus den verschiedenen Tätigkeitsbereichen, wie beispielsweise:

- **Verwendung der Praktikanten aus der Praxisphase 4 in den Einsatzzügen bei geschlossenen Einsätzen und im TI-Prozess**

- **Unterschiedliche Lebensarbeitszeiten im Polizeigewahrsam von Beamten und Angestellten; Verlängerung der Lebensarbeitszeiten auf 62/67 Jahre**

- **Nicht ausreichend vorhandene Kollegen mit der D1-Berechtigung zum Fahren der DB-Gruppenwagen**

- **Fahrweiterbildung in den Einsatzzügen**

Diese Auflistung ist natürlich nicht komplett, alle Themen können hier leider nicht aufgezählt und beschrieben werden.

Über das gerade abgeschlossene P4 wurde eingehend diskutiert. Die Sinnhaftigkeit und die Notwendigkeit wurden nicht in Frage gestellt, als Verbesserung wird eine zeitgleiche Ausbildung aller Praktikanten angesehen. Bei den dürftigen Personalressourcen ist das aber wohl nicht realisierbar. Ebenso ist eine bessere Absprache mit der Ausbildung am Standort 2 der Hochschule wünschenswert.

Falsch ist die Behauptung, dass die Einsatzzüge in der Praktikumszeit zahlenmäßig „voll“ seien. Das Gegenteil ist der Fall: Aus den Einsatzeinheiten werden Kollegen als Anleiter abgezogen, die dort im Einsatz fehlen. Die Praktikanten sollten aufgrund ihres beamtenrechtlichen Status nicht als vollwertige Kollegen betrachtet und eingesetzt werden – was sich aufgrund der schwachen Stärken nur schwer umsetzen lässt.

Kaum jemanden war bewusst, dass im PGW Kollegen als Beamte und Angestellte gleiche Tätigkeiten verrichten, aber unterschiedlich lange Dienst versehen müssen. Für kaum einen Angestellten besteht die Möglichkeit, im fortge-

schrittenen Lebensalter aus dem ungesunden Wechselschichtdienst auf einen anderen angemessenen Dienstposten zu wechseln – diese Kollegen sollen nun bis zu ihrem 67. Lebensjahr den nicht ungefährlichen Job mit Gefangenen wahrnehmen!

Für den Nachmittag hatte der Seminarleiter Manfred Waldeck die Intranetbefragung zur altersgerechten Personalsteuerung als Thema auf der Tagesordnung. Mit einer Fragestellung haben wir uns intensiver beschäftigt:

Durch welche drei Merkmale fühlen Sie sich an Ihrem Arbeitsplatz am meisten belastet?

Ist es ein Wunder, dass mangelnde Wertschätzung und Anerkennung der Arbeitsleistung in der Reihenfolge der Belastungen die erste Stelle einnahm? Wohl nicht – die Auswertung durch C. Roelecke wird Klarheit bringen. In der Folge wurden mangelnde Karrierechancen, die Belastung durch Wochenenddienste und unverlässliche Dienstplanung genannt. Mangelhafte Ausrüstung, Transparenz von Führungsentscheidungen und Gewalt gegen Polizeibedienstete folgten. Die Belastung durch Wechselschichtdienste kam in dieser Auflistung nur auf den letzten Platz – wissen wir doch alle, was einen Polizisten im Dienst erwartet.

Über dieses Ergebnis werden wir mit dem Direktionsleiter eingehend sprechen müssen, um Abhilfe zu schaffen.

Am nächsten Morgen war **Gerd Rippe** mit einem Vortrag zum Audit Beruf und Familie unser Gast. In seiner eigenen menschlichen, kollegialen Art brachte Gerd uns dieses Thema näher, indem er erläuterte, dass dahinter mehr als nur die Betreuung von Schwangeren und jungen Müttern zu verstehen ist. Interessant waren die Hinweise der Zusammenarbeit mit dem Pflegestützpunkt Bremen zur Anforderung von Broschüren und zur Beratung. Aufmerksam und nachfragend verfolgten wir seinen Vortrag mit dem Ergebnis, dass wir in Gerd einen Ansprechpartner in belastenden Situationen haben. Er forderte jeden Einzelnen dazu auf.

Weitere Gäste erschienen am Nachmittag: Kollege **Rainer Zottmann** (Direktionsleiter ZES), **Horst Göbel** und **Harry Kuck**. Ausführlich und transparent wurde uns der Ablauf der Kräfteanforderung in der Sonderlage geschildert,

was zum besseren Verständnis führen sollte. Die Zusammenarbeit zwischen Polizeiführer, Leitung BP, senatorische Dienststelle (für überregionale Einsätze), Stadtamt und der ZES wurde dargestellt und erläutert. Der Leiter ZES nahm die Befindlichkeit der Kollegen aus den Einsatzeinheiten BP bezüglich der kurzfristigen Belastungen bei Einsätzen, besonders an Wochenenden, zur Kenntnis. Die Unverlässlichkeiten in der Dienst- und Freizeitgestaltung konnte er nachvollziehen. In diesem Zusammenhang haben wir uns über bestehende und noch zu schaffende Regelwerke ausgetauscht. Der Anspruch auf ein Minimum an Verlässlichkeit der Dienstplanung und -gestaltung ist anerkannt; dafür werden wir uns als Fachgruppe und Gewerkschaft für die Kollegen einsetzen!

Weitere Themen waren die Lebensarbeitszeitverlängerung, altersgerechte Personalsteuerung, Kennzeichnungspflicht in der Sonderlage und Einsatzdienst, Grundkonzept Sielwall, Einsatz und Verwendung der Studenten aus dem Praktikum 4 und natürlich der anstehende Castor-Einsatz.

Am letzten Tag nutzten wir noch die Möglichkeit, uns über Inhalte einer Geschäftsordnung der Fachgruppe zu unterhalten. Ein Schwerpunkt war ebenso die Gewinnung von Kandidaten für die Personalratswahl im kommenden Jahr sowie die Aufstellung einer attraktiven Liste.

Inzwischen haben wir mit **Michael Steines** einen Gesprächstermin vereinbart, um über die Ergebnisse aus unseren Gesprächsrunden mit ihm zu debattieren. Veränderungen und Lösungen sind nötig, um den Kolleginnen und Kollegen einen zumutbaren und attraktiven Dienst zu ermöglichen.

Wir sind mehr als BV und keine Verfügungsmasse, unsere Familien haben einen Anspruch darauf, mit uns Zeit am Wochenende zu verbringen! Zeit, die uns nicht kurzfristig durch Verwendung in der Sonderlage genommen wird.

Diese Ergebnisse und Forderungen werden durch unsere Gewerkschaft an die Politik herangetragen. **MW**

